

Zur Friedensaktion Papst Benedikts XV. (1917)

Von ERNST DEUERLEIN

Der biographische Versuch Prinz Konstantins von Bayern über Papst Pius XII.¹ hat die historisch-publizistische Diskussion über die Friedensaktion Papst Benedikts XV. im Jahre 1917 neu belebt. In einer Miszelle der „Historischen Zeitschrift“ unternimmt es der Berliner Historiker Maximilian von Hagen, die Darstellung Prinz Konstantins kritisch zu untersuchen, wobei er die Feststellung trifft: „Nach diesen offensichtlich auch auf den heutigen Inhaber des Stuhles Petri zurückgehenden Mitteilungen soll der Hauptgrund für das Scheitern dieser Bestrebungen in der Abneigung maßgeblicher protestantischer Kreise gegen eine Friedensvermittlung der Weltmacht des Papsttums gelegen haben.“ Hagen fügt die Bemerkung an: „Angesichts des seit den Kirchenverfolgungen des ‚Dritten Reiches‘ vorherrschenden, durch die Gründung der CDU neu gefestigten und durch die verschiedenen Kirchentagungen der Nachkriegszeit erfreulich bestätigten konfessionellen Burgfriedens, ja Zusammengehens der christlichen Bekenntnisse klingen diese Beschuldigungen geradezu ungeheuerlich, wie sie auch selbst der Forschung überraschend kommen.“² Die Aufnahme der Kritik Hagens in die „Historische Zeitschrift“ zeigt die ihr nicht nur von ihrem Verfasser beilegte Bedeutung. Hagen verweist auf das Dementi, das der Sohn des Reichskanzlers Dr. Georg Michaelis, Oberstadtdirektor Dr. jur. W. Michaelis/Recklinghausen, zur Beurteilung der Haltung seines Vaters zur päpstlichen Friedensvermittlung in der „Revue“ veröffentlicht hat.³

Es ist nun möglich, die beruhigende Versicherung zu geben, daß Prinz Konstantin jenen Zusammenhang zwischen dem Scheitern der Friedensbemühungen Benedikts XV. und der Abneigung maßgeblicher protestantischer Kreise gegen eine päpstliche Vermittlung ganz auf eigene Verantwortung behauptet hat. Der Prinz hat nicht fortlaufend Tag für Tag aus dem Munde Papst Pius XII. Antworten auf Fragen über politische und kirchenpolitische Vorgänge entgegengenommen. Er hat Pius XII. nur einmal gesehen, und auch dieses eine Mal nicht etwa in Privataudienz, sondern nur in einer Audienz, in der er, der Prinz, im Beisein von anderen dem Heiligen Vater auf dessen Rundgang einen Augenblick die Hand küssen durfte. (Oss. Rom. A. XCII n. 62. 13. März 1952.) Das war nach Ausweis des Osservatore Romano am 12. März 1952. Ob der Papst bei solchen Audienzen mit jemand spricht, hängt ganz von seinem, des Papstes, Willen ab. Keinesfalls darf man bei solchen Gelegenheiten hochpolitische Äußerungen erwarten. In seiner

¹ *Konstantin Prinz von Bayern*, Der Papst. Ein Lebensbild. Bad Wörishofen 1952. Zuerst veröffentlicht in der illustrierten Zeitschrift „Revue“.

² *Maximilian von Hagen*, Die päpstliche Friedensvermittlung 1917. HZ. Bd. 177. S. 517 bis S. 520.

³ *Revue* Nr. 26 vom 26. Juli 1952. S. 24.

Darstellung hat der Prinz dann auch hier nach der Methode der Photomontage gearbeitet.

Indes ist die Erörterung der Friedensvermittlung Benedikts XV. durch die *Revue*-Artikel Prinz Konstantins in Fluß geraten. Bisher unveröffentlichte Dokumente aus den Aktenbeständen des Bayerischen Staatsministeriums des Königlichen Hauses und des Äußeren sowie der Bayerischen Staatskanzlei machen es möglich, neue Erkenntnisse zu ihrer Aufhellung beizusteuern.

I.

Am 13. April 1917 starb der Apostolische Nuntius in München, Msgr. Giuseppe Aversa, der erst am 17. Januar 1917 die Nachfolge des an die Römische Kurie berufenen Andreas Kardinal Frühwirth⁴ angetreten hatte. Am 20. April ernannte Benedikt XV. Msgr. Eugenio Pacelli, Sekretär der Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten, zum Apostolischen Nuntius in München. Am 26. Mai überreichte Msgr. Pacelli, der in Lugano mit dem dort residierenden bayerischen Gesandten beim Heiligen Stuhle, Otto Freiherr von Ritter zu Groenesteyn,⁵ zusammengetroffen war, dem bayerischen König, Ludwig III., sein Beglaubigungsschreiben, das die Feststellung enthielt, der Papst sei um nichts mehr als um die Beschleunigung der Stunde des ersehnten Friedens besorgt.⁶ Am 13. Juni richtete die Kurie an die Reichsleitung in einem Schreiben das Ersuchen, ihr die deutschen Friedensvorschläge mitzuteilen, um dadurch in die Lage versetzt zu werden, Friedensvorschläge machen zu können.⁷ Am 26. Juni stattete Msgr. Pacelli Reichskanzler Bethmann Hollweg, am 29. Juni Kaiser Wilhelm II. seinen Antrittsbesuch ab. Über diese Begegnung berichtete Wilhelm II. in seinen „Erinnerungen“ in einer Weise, daß sich die Apostolische Nuntiatur in München zu einer Richtigstellung veranlaßt sah.⁸ Am 13. Juli trat Bethmann Hollweg als Reichskanzler zurück, — einem intensiven Kesseltreiben einer nur in der Ablehnung des Reichskanzlers einigen Front erlegen. Sein Nachfolger wurde der Unterstaatssekretär und preußische Staatskommissar Dr. Georg Michaelis. Am 19. Juli nahm der Reichstag die von Matthias Erzberger inspirierte Friedensresolution an,⁹ deren Interpretation sich der neue Reichskanzler mit der berühmt gewordenen Wendung „Wie ich sie auffasse“ vorbehielt. Am 14. Juli war Kaiser Wilhelm II. der erste Entwurf einer Antwort auf das Schreiben der Kurie vom 13. Juni vorgelegt worden.¹⁰ Am 24. Juli weilte Msgr. Pacelli abermals in Berlin zu Besprechungen mit dem Reichskanzler und dem Auswärtigen Amt, die bis zum 26. Juli dauer-

⁴ *Angelus Walz*, Andreas Kardinal Frühwirth (1845—1933). Wien 1950.

⁵ Ritter, Otto Freiherr von zu Groenesteyn, geb. am 23. August 1864 zu Starnberg, gest. am 1. Januar 1940 zu Lochhausen.

⁶ Niederschrift im G.St.A.Mü. (Geheimes Staatsarchiv München). Vgl. *Prinz Konstantin* a.a.O. S. 49f.

⁷ Von einer Aufführung der umfangreichen Literatur ist Abstand genommen. Vgl. *Dahlmann-Waitz*, Quellenkunde der deutschen Geschichte. 9. Aufl. Hrsg. v. H. Haering. Leipzig 1931. *Hans Dietzel*, Bibliographie zur Deutschen Geschichte. In: *Peter Rassow*, Deutsche Geschichte im Überblick. Stuttgart 1953. *Günther Franz*, Bücherkunde zur deutschen Geschichte. München 1951.

⁸ *Friedrich Ritter von Lama*, Die Friedensvermittlung Papst Benedikt XV. und ihre Ver-
eitung durch den deutschen Reichskanzler Michaelis (August-September 1917). München
1932, S. 32.

⁹ *M. Erzberger*, Erlebnisse im Weltkrieg. Stuttgart 1920, S. 251 ff.

¹⁰ *Lama* a.a.O. S. 65.

ten. Am 3. Jahrestag des Kriegausbruches richtete Papst Benedikt XV. eine Friedensnote an die „Oberhäupter der kriegführenden Völker“.¹¹ Sie wurde am 15. August in Berlin übergeben. Am 18. August erläuterte Msgr. Pacelli in einem Brief an Ministerialdirektor von Bergen die Gründe, die den Papst bestimmt hatten, vor Einlauf der endgültigen deutschen Antwort auf die vorgelegten Friedensvorschläge den Appell an die Oberhäupter der kriegführenden Völker zu richten. Am 30. August gab er im Vollzug einer ihm von Kardinalstaatssekretär Gasparri erteilten Weisung dem Reichskanzler Kenntnis eines Telegramms der Regierung Englands, dem sich die französische Regierung angeschlossen hatte. In ihm wurden spezifizierte Angaben über die deutschen Absichten über Zukunft und Schicksal des besetzten Belgiens für unerlässlich erachtet. Am 11. September beriet ein „Kronrat“ unter dem Vorsitz des Kaisers über die Antwort der päpstlichen Friedensnote. Diese wurde im Entwurf am 14. September an Msgr. Pacelli gesandt. Am 18. September lag dem Auswärtigen Amt bereits die Antwort aus Rom vor, die in tiefer Besorgnis vor einer dilatorischen Behandlung der in Bezug auf Belgien gestellten Frage warnte. Der Entwurf der Note wurde am 19. September als Note der deutschen Reichsregierung nach Rom gesandt. Am 24. September beantwortete Reichskanzler Dr. Michaelis das Schreiben Pacellis vom 30. August. Am 28. September übersandte Kardinalstaatssekretär Gasparri der britischen Regierung die deutsche Note vom 19. September. Es war der letzte Schritt der Kurie in dieser Aktion. Bitter klagend stellte Benedikt XV. in seiner Weihnachtsansprache 1917 fest: „Zum Hirtenamte über jene Herde berufen, die nur ein schlechter Hirt dem Blutbade preisgegeben ließe, empfanden Wir wie Paulus einen heftigen Schmerz darüber, daß die von Uns auf die Wiederversöhnung der Völker gerichteten Bemühungen vergebens waren.“¹² Diese — hier nur skizzierten — Vorgänge waren wiederholt Gegenstand leidenschaftlicher Diskussionen, Untersuchungen und Darstellungen. Friedrich Meinecke hat in einer ausgewogenen Studie der verworrenen innenpolitischen Situation Deutschlands im späten Sommer 1917 gerecht zu werden versucht.¹³ Er hat — ohne auf das Ereignis der Friedensvermittlung Benedikts XV. einzugehen — in seiner Betrachtung „Die deutsche Katastrophe“ auf den starken Einfluß verwiesen, die die um die „Vaterlandspartei“ gruppierten politischen Kräfte auf die innenpolitische Entwicklung genommen haben: „In der Tat ging auch die stärkere Einwirkung auf das politische Geschehen damals von der Vaterlandspartei aus, nämlich durch den Druck, den sie, verbündet mit der Obersten Heeresleitung, auf die schwache Reichsregierung in den letzten Monaten der Monarchie auszuüben vermochte. Der alldeutsche Eroberungsgeist und das innenpolitische Herrentum der schweren Industrie und des ostdeutschen Großgrundbesitzes schufen sich in der Vaterlandspartei ein Organ, das ihre wahren Tendenzen blendend verhüllte.“¹⁴ Friedrich Ritter von Lama ist in seiner Untersuchung zu der Feststellung gekommen: „Da also sonst nirgendswo ein triftiger Grund für das Verhalten Michaelis' ersichtlich ist, bleibt nur die ernsthafte An-

¹¹ Lama a. a. O. S. 72—75.

¹² Lama a. a. O. S. 294.

¹³ Friedrich Meinecke, Kühlmann und die päpstliche Friedensaktion 1917. Sitz.ber. d. Preuß. Ak. d. Wissenschaften, Phil.-Hist. Klasse, Berlin 1928.

¹⁴ Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe. 2. Aufl. Wiesbaden 1946. S. 48 f.

nahme übrig, daß Reichskanzler Michaelis den Weg einer Friedensvermittlung über Rom deshalb nicht beschreiten wollte, weil er seine Einstellung zum Vatikan von dem engherzigen Romhasse bestimmen ließ, der in dem Sturm Laufe des Evangelischen Bundes gegen die päpstliche Friedensaktion so sinnfälligen Ausdruck fand. Es ist zweifellos, daß Michaelis nicht auf einen deutschen Diktat- und Eroberungsfrieden eingestellt war und jede andere Möglichkeit einer Friedensvermittlung warm begrüßt und gerne akzeptiert hätte. Aber die historische Entwicklung der Dinge hatte dem deutschen Volke jede andere Möglichkeit versagt und den Lenker seiner politischen Geschicke vor die Wahl gestellt: über Rom oder gar nicht. Michaelis wählte nicht Rom.¹⁵ — Die offensichtliche Abhängigkeit Prinz Konstantins von Bayern von den Auslassungen Lamas und sein Reportage-Rahmen, durch den er Papst Pius XII. sein Leben in Audienzen „erzählen“ läßt, haben dann zu der nicht unbedenklichen Annahme geführt, der derzeitige Inhaber des Heiligen Stuhles gebe die Schuld am Scheitern der päpstlichen Friedensaktion 1917 dem protestantischen Reichskanzler oder seinen Bindungen zu evangelischen Organisationen und Einrichtungen. Msgr. Pacelli hat sich der nicht einfachen Aufgabe des diplomatischen Vermittlers mit sachlicher Zurückhaltung und diskreter Vornehmheit erledigt. Konfessionelle und kirchenpolitische Fragen sind weder von seinem hohen Auftraggeber, Papst Benedikt XV., noch von ihm dabei berührt oder angesprochen worden. Es sind Äußerungen Papst Benedikts XV. und Msgr. Eugenio Pacellis über das Scheitern der unternommenen Aktion bekannt. In ihnen wird mit tiefempfindenden Worten dem Bedauern über die Erfolglosigkeit der nach ernster Prüfung eingeleiteten Bemühungen Ausdruck verliehen. Aber weder Papst noch Nuntius haben Untersuchungen veranlaßt oder Vermutungen ausgesprochen, wem die Schuld dafür zufalle.

II.

Es geht hier darum, politische Erwägungen aufzuzeigen, die für das Scheitern der päpstlichen Vermittlung in Betracht kommen. Das soll im Anschluß an die 1948 erschienenen „Erinnerungen“ Richards von Kühlmann¹⁶ geschehen. Nach dem Reichskanzlerwechsel Bethmann Hollweg/Michaelis am 13./14. Juli 1917 löste Kühlmann den Staatssekretär Artur Zimmermann am 7. August 1917 in der Leitung des Auswärtigen Amtes ab, die er bis zum 9. Juli 1918 innehatte. In seine Amtszeit fiel auch die Bearbeitung der päpstlichen Friedensnote vom 1. August 1917. Kühlmann berichtet darüber:

„Die erste Frage, die von mir sofort nach Übernahme des Amtes praktische Entscheidungen und Entschlüsse verlangte, war die sogenannte päpstliche Friedensnote. Die Kurie und der Nuntius Pacelli in München, der heute die dreifache Krone trägt, waren sich einig in dem Streben, wenn irgend möglich durch Vermittlung des Heiligen Stuhles der gequälten Welt den Frieden wiederzugeben. Die Kurie, welche den ungeheuren Vorteil hat, auch während eines Krieges die diplomatischen Beziehungen zu allen kriegführenden Staaten dauernd

¹⁵ *Lama*, a.a.O. S. 303. Man wird dem Ergebnis, zu dem Ritter von Lama kommt, wohl mit einigen Vorbehalten begegnen müssen, da er nicht in sämtliche Hintergründe des damaligen Geschehens Einblick haben konnte, wie es für die Art seiner Beweisführung unbedingt notwendig gewesen wäre.

¹⁶ *Richard von Kühlmann, Erinnerungen*. Heidelberg 1948.

zu pflegen, ist natürlich hierdurch allen anderen möglichen Friedensvermittlern insofern überlegen, als sie durch ihre offizielle und wohl noch mehr durch ihre geheime Diplomatie in der Lage ist, sich über Wünsche und Stimmungen in jedem einzelnen Land jederzeit authentische Informationen verschaffen zu können. Schon vor meiner Amtsübernahme war bei einem Besuch des in München residierenden Nuntius Pacelli am Berliner Hof die Frage eines eventuellen päpstlichen Friedensschrittes eingehend besprochen worden. Kaiser Wilhelm, immer ein leidenschaftlicher Freund des Friedens, scheint sich so warm ausgesprochen zu haben, daß die Kurie Mut schöpfte und offenbar weiter Fühler ausstreckte. Besonders die Eindrücke über die englischen Dispositionen scheinen günstig gewesen zu sein. Jedenfalls entschloß sich der Vatikan, die päpstliche Friedensnote in die Welt hinausgehen zu lassen. So fand ich als erste und wichtigste Aufgabe im Amt, die Erteilung einer Antwort auf die päpstliche Note zu bearbeiten. So sehr ich von der Notwendigkeit für die Zentralmächte, so bald als möglich zum Frieden zu kommen, aufs tiefste durchdrungen war, so vollkommen abgeneigt war ich, den Frieden durch Vermittlung einer dritten Macht zu erreichen. Denn indem man der vermittelnden Macht seine Bedingungen mitteilt, sind diese schon *publici juris*. Man hat also seine Trümpfe aus der Hand gegeben und dieselben auf den Tisch gelegt. Unser Haupttrumpf war die Räumung und Wiederherstellung der besetzten Gebiete, insbesondere Belgiens. So sehr ich, wie oben dargelegt, geneigt war, die belgische Trumpfkarte im Spiel zu verwerten, so abgeneigt war ich, statt einer geheimen Sondierung durch eine geeignete und vertrauenswürdige Persönlichkeit eine öffentliche Verkündung unserer Stellungnahme, wie sie etwa ein materielles Eingehen auf die päpstliche Friedensnote gewesen wäre, zu bewirken, wogegen ich mich erbittert wehrte.¹⁷

In seinen weiteren Ausführungen gibt Kühlmann ohne Einschränkung zu, durch Informationen über die Auffassung des französischen Außenministers Ribot in einer ablehnenden Haltung der Papstnote bestärkt worden zu sein.¹⁸ Das Ergebnis dieser Haltung und Beurteilung ist die Antwortnote der Reichsregierung vom 19. September gewesen, die Prinz Max von Baden als „inhaltlos“¹⁹ charakterisiert hat.

III.

Die Feststellungen Kühlmanns bedürfen in Bezug auf die Form der Aussage keiner Erläuterung. Sie bedürfen jedoch in Bezug auf die geschichtliche Wahrheit der Nachprüfung. Diese ist auf Grund des — hier erstmals — erschlossenen Aktenmaterials des Bayerischen Staatsministeriums des Königlichen Hauses und des Äußern — im Geheimen Staatsarchiv München — und der Nachlässe der Grafen Hertling und Lerchenfeld — in Privatbesitz — möglich. Der Wert dieses Aktenmaterials ist durch den Umstand, daß die Archivalien der Reichsbehörden aus Deutschland weggebracht worden sind, bedeutend gestiegen.

Msgr. Eugenio Pacelli ist als Apostolischer Nuntius beim bayerischen König akkreditiert gewesen. Er hat sich mehrmals der vermittelnden Hilfe des Vorsitzenden im Bayerischen Ministerrat und Staatsministers des Königlichen Hauses und des Äußern, Georg Graf von Hertling,²⁰ bedient. Hertling

¹⁷ Kühlmann, a. a. O. S. 475 f.

¹⁸ Kühlmann, a. a. O. S. 486.

¹⁹ Prinz Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente, Berlin 1927. S. 125.

²⁰ Eine wissenschaftlich ausreichende Biographie Georg Graf von Hertlings ist ein Desiderat. Eine Darstellung seiner Tätigkeit als leitender Staatsminister Bayerns 1912—1917 ist in Vorbereitung.

hat mit besonderer Aufmerksamkeit die inner- und außenpolitische Entwicklung des Deutschen Reiches verfolgt. Vor seiner Berufung an die Spitze des bayerischen Gesamtstaatsministeriums gehörte er über 31 Jahre lang dem Deutschen Reichstag an. Als „bayerischer Ministerpräsident“ war er Vorsitzender des „Bundesratsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten“, einer gemäß der „Versailler Verträge“ zwischen Bayern und dem Norddeutschen Bund vom 23. November 1870 geschaffenen Einrichtung der Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April 1871.²¹ In Graf Hugo Lerchenfeld²² hatte Hertling einen ebenso kundigen wie urteilssicheren Beobachter der Reichspolitik. Lerchenfeld war von 1880—1918 Gesandter und Bevollmächtigter Bayerns zum Bundesrat in Berlin. Kühlmann rühmte ihm nach:

„Das Schiff der Beziehungen zwischen dem Reich und dem größten Bundesstaat unter der manchmal etwas impulsiven Regierung Wilhelm II. ohne Unfall durch die zahlreichen Klippen zu ersteuern, war eine ebenso schwierige wie im höchsten Grade verdienstvolle Aufgabe. In der Voß-Straße hatte Lerchenfeld, liebevoll alle Einzelheiten künstlerisch gestaltend, ein wirklich sehr repräsentatives Gesandtschaftsgebäude geschaffen, das für eine großartige gastfreundliche Geselligkeit einen glücklichen Rahmen abgab. Zu meiner Zeit wohnte der Neffe Lerchenfelds, genannt Hugo Minor, beim Onkel. Mit diesem mir fast gleichaltrigen Zeitgenossen war ich von Bayern her gut bekannt, so daß ich mit dem Onkel bald auf sehr gutem Fuße stand. Ich habe während der ganzen Zeit meiner diplomatischen Tätigkeit an Lerchenfeld einen ebenso erfahrenen wie wohlwollenden Gönner gehabt. Seine Stellung in der damaligen Berliner Gesellschaft war einzigartiger, glänzender als die der meisten Botschafter, obwohl die Sonne der kaiserlichen Gnade über dem Chef der bayrischen Vertretung nicht immer gleichmäßig geleuchtet hat.“²³

Hertling sagte in einem Brief an Hermann Cardauns,²⁴ der von 1876 bis 1907 der „Kölnischen Volkszeitung“ als Chefredakteur vorstand, Lerchenfeld sei „natürlich kein Ultramontaner“, im übrigen aber sein Freund.²⁵ Lerchenfeld hielt durch amtliche Berichte und durch umfangreiche Privatbriefe Hertling in Fragen der Reichspolitik auf dem laufenden. Er verfertigte auch die Protokolle über die Sitzungen des Bundesratsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten. Der langjährige Aufenthalt in der Reichshauptstadt machte Lerchenfeld zum intimen Kenner der mitunter verworrenen Wege der Reichspolitik. In Kenntnis der besonderen Anteilnahme des bayerischen Königs und des leitenden bayerischen Staatsministers für die päpstliche Friedensvermittlung räumte ihr Lerchenfeld in seinen Berichten und Briefen nach München breiten Raum ein.

Von wesentlicher Bedeutung für Aufnahme und Beurteilung der päpstlichen Friedensnote ist die „Aufzeichnung über die Sitzung des Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten vom 20. August 1917“. Ihr Verfasser ist Graf Lerchenfeld. Er führt zunächst die Sitzungsteilnehmer an: Reichs-

²¹ Ernst Deuerlein, Der Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten 1870 bis 1918, Regensburg 1954.

²² Hugo Philipp Peter Graf von und zu Lerchenfeld auf Koefering und Schönberg, geb. am 13. Okt. 1843 zu Berlin, gest. am 29. Juni 1925 in Koefering.

²³ Kühlmann, a.a.O. S. 23.

²⁴ Das katholische Deutschland. Bd. I. Sp. 213f.

²⁵ Hertling an Cardauns. Brief v. 21. Febr. 1912. Nachlaß Cardauns.

kanzler Dr. Michaelis, Staatssekretär Dr. Helfferich, Staatssekretär von Kühlmann, Unterstaatssekretär von Grävenitz, die Staatsminister Dr. Graf von Hertling (Bayern), Graf Vitzthum (Sachsen), Dr. Freiherr von Weizsäcker (Württemberg), Dr. Freiherr von Dusch (Baden) und Dr. Langfeld (Mecklenburg-Schwerin) und die Gesandten Graf von Lerchenfeld (Bayern), von Nostiz (Sachsen), Dr. Freiherr von Varnbüler (Württemberg), Dr. Nieser (Bayern) und Freiherr von Brandenburg (Mecklenburg-Schwerin). Über den Sitzungsverlauf berichtet Lerchenfeld:

„Nach Begrüßung der Anwesenden teilte der Vorsitzende Staatsminister Graf Hertling mit, daß er beabsichtigt hatte, den Ausschuß zu einem späteren Termin einzuberufen. Die Friedensnote des Papstes habe ihn aber veranlaßt, den heutigen Tag zu wählen, damit die politische Lage und die Note noch vor deren Erörterung in der Reichstagskommission im Ausschuß besprochen werden können. Der Vorsitzende erteilte dann das Wort dem Reichskanzler.

Der Reichskanzler legte zunächst dar, daß seit dem letzten Zusammentritte des Ausschusses die Kriegslage sich stark zu unseren Gunsten geändert habe, daß aber trotzdem bei unseren Feinden keine Neigung zum Frieden hervorgetreten sei. Die Resolution des Reichstags habe keine Wendung zum Besseren herbeigeführt. Ob die Völker wie die feindlichen Staatsmänner dächten, wolle er dahingestellt sein lassen. Am stärksten sei der Kriegswille in England. In Frankreich und Italien sei allerdings eine gewisse Kriegsmüdigkeit vorhanden. Was Rußland betreffe, so sei die Entwicklung schwer zu übersehen. Es sei wunderbar, daß dort noch nicht ein stärkerer Zusammenbruch eingetreten sei. Doch könne man einen solchen erwarten. Jedenfalls sei zurzeit niemand in Rußland da, mit dem man verhandeln könnte. Unsere Feinde wollten nicht auf den Status quo ante eingehen, sondern sie verlangten von uns Elsaß-Lothringen und das linke Rheinufer, um daraus einen Pufferstaat zu bilden. Die Enthüllungen, die er — der Reichskanzler — hierüber veröffentlicht habe, seien nicht widerlegt worden. Er könne und werde weiteres Material über englisch-russische Verhandlungen im Reichstagsausschuß mitteilen, aus dem hervorgehe, daß schon vor dem Jahre 1914 zwischen London und Petersburg eine Teilung der Türkei vereinbart worden sei.

Auf dem Boden dieser Sachlage — fuhr der Reichskanzler fort — sei der Papst mit seiner Note hervorgetreten. Sie sei nicht von uns extrahiert worden, sondern der Initiative des Papstes entsprungen. Es sei allerdings mit der Kurie über die Note verhandelt worden. Aber es wäre nichts von uns nach Rom gekommen, was als Grundlage der Note betrachtet werden könnte. Das ergebe sich schon daraus, daß die Note schon publiziert war, als man hier über sie gesprochen habe. Die Note stelle sich auf den Standpunkt: Dauernder Friede, Abrüstung, Schiedsgerichte, keine Annexionen. Damit sei eigentlich alles gesagt und daraus ergebe sich von selbst eine Einschränkung unserer Kriegsziele, der Sicherungen für die Zukunft.

Er — der Reichskanzler — müsse anerkennen, daß theoretisch betrachtet die Vorschläge des Papstes sehr schön seien, schwierig sei jedoch über die Einzelheiten zu beraten. Es sei aber auch nicht notwendig auf den Einzelheiten herumzureiten. Da wir wegen eines Gebietserwerbes nicht länger Krieg führen wollen, so werden wir nie ablehnen können, auf Grund der päpstlichen Vorschläge in Beratung mit unseren Gegnern zu treten. Bei der Beantwortung der Note sei es nicht nötig auf die Einzelheiten einzugehen. Dies wolle er — der Reichskanzler — dem Reichstag klar machen und dringend abraten, die ganze Kriegszielfrage wieder aufzurollen. Er werde den Parteiführern die Grenzen zeigen, zwi-

sehen denen wir verhandeln könnten. Es würden vielleicht einzelne schreien, aber die Abgeordneten müßten es doch verstehen, wenn er ihnen darlege, daß wir doch unmöglich Minimalziele bekanntgeben könnten. Der Papst erwarte auch nicht, daß wir bei unserer Antwort auf Einzelheiten der Note materiell eingingen. Er erwarte nur eine allgemein zustimmende Antwort auf den allgemeinen Friedensvorschlag.

Nachdem *Graf Hertling* seine Sympathie dem Vorgehen des Papstes gegenüber geäußert und sich mit den Ausführungen des Reichskanzlers über die Behandlung der Note einverstanden erklärt hatte, stellte er die Frage, wie denn die Oberste Heeresleitung sich zu dem Inhalt der päpstlichen Note und dem vom Reichskanzler beabsichtigten Vorgehen stelle.

Der Reichskanzler erwiderte, daß er mit der Obersten Heeresleitung in der Sache einig sei. Die Oberste Heeresleitung erkenne an, daß die Forderung eines weitgehenden militärischen Einflusses auf Belgien von dem Ausgange des U-Bootkrieges abhängen. Sie sei auch der Ansicht, daß, wenn durch künftige Ereignisse eine Friedensnotwendigkeit sich ergäbe, das Maß dessen, was wir im Westen und im Osten fordern dürfen, herabgesetzt werden müsse, daß wir dann eben billiger spielen müßten.

(Aus den Äußerungen des Reichskanzlers war auch zu entnehmen, daß die dem K. Staatsminister vorliegende Aufzeichnung über die Stellung der Heeresleitung zu einzelnen Punkten der päpstlichen Note im Einverständnisse mit der Obersten Heeresleitung verfaßt ist.)

Der Reichskanzler teilte dann noch mit, daß die Oberste Heeresleitung die Stellung im Westen als gesichert betrachte. Wir würden dort die Linien halten bis Ende September, wo dann von selbst größere feindliche Unternehmungen aufhören müßten. Im Osten würden wir höchstens noch bis zum Pruth gehen. Unternehmungen gegen Petersburg oder Odessa seien wegen zu großer Entfernung von unserer Basis zu gefährlich.

Graf Vitzthum bemerkte, wenn auch die Note sympathisch anmute, so bereite sie doch Verlegenheit wegen der Wünsche des Reichstags. Es wäre sehr gut, wenn der Reichskanzler den Reichstag zur Vorsicht mahne.

Freiherr von Weizsäcker wies darauf hin, daß seit dem 16. Januar l. Js. die militärische Lage sich allerdings gebessert habe. Aber leider seien andere Gefahrenzonen entstanden: Amerika, die eigene innere Lage und die Lage unserer Verbündeten. Der U-Bootkrieg wirke nicht schnell, aber man könne hoffen, daß er auf die Länge uns helfe. Immerhin könne die Notwendigkeit, einen bescheidenen Frieden zu schließen, eintreten. Dazu sei der Moment nicht gekommen. Aber für diesen Fall sei die Note des Papstes für uns sehr nützlich. Sie bereite immerhin unseren Gegnern eine große Verlegenheit. Die Note sei auch von großem Wert als Gegengewicht gegen Stockholm. Die Gefahr, daß der Frieden von unten kommt, steige dauernd. Wir können uns nicht eine russische Revolution leisten.

Freiherr von Dusch stimmt dem Reichskanzler in der beabsichtigten Behandlung der päpstlichen Note zu. Aber er könne nicht leugnen, daß die Note doch sehr zu Gunsten unserer Gegner wirke. Sie stelle doch eine starke Anforderung an unsere Gemütsruhe. Wenn die Parteien im Reichstage mit der Note drücken, so würde das sehr bedenklich sein. Es müsse daher auf das Zentrum ganz besonders Einfluß genommen werden, damit das nicht zu sehr drückt.

Graf Hertling wies darauf hin, daß viele Forderungen der päpstlichen Note, so die der Abrüstung, gar nicht so gefährlich seien wie sie schienen. Wir brauchten uns da nicht zu wehren. Das würden schon andere besorgen. Die Freiheit der Meere werde England nie bewilligen.

Dr. Langfeld bezeichnete den Inhalt der Note als bestürzend. Wenn das, was uns darin angesonnen werde, der Ausgang des blutigen Ringens sei, dann sei es traurig. Sympathisch sei ihm in der Note nur das Verlangen des Papstes, daß das Morden aufhöre; für alles andere fehle der Boden. Aber wir könnten uns ja mit der Antwort begnügen, daß wir bereit sind, Frieden zu schließen, was wir ja schon von uns aus angeboten hätten. Wegen alles übrigen möge sich der Papst an die Entente halten.

Graf Hertling erwiderte, eine andere als eine allgemein gehaltene zustimmende Erklärung werde von der Kurie nicht erwartet. Wenn unsere Gegner etwas anderes wollten, so sollten sie den Anfang machen.

Frhr. von Weizsäcker äußerte, er teile nicht die Bedenken einiger Vorredner. So solle der Satz der Note, der auf Elsaß-Lothringen bezogen werden könne, nur eine Brücke bilden für Frankreich: Etwa Volksabstimmung im Reichsland oder selbständiger Bundesstaat. Die Note habe einen großen moralischen Wert, weil sie auf die Friedensstimmung in den Ententeländern wirken werde, namentlich in Frankreich und Italien.

Frhr. von Dusch schränkte seine erste Äußerung etwas ein. Natürlich müsse die Note sympathisch beantwortet werden.

Der Reichskanzler wies darauf hin, daß wir wegen der Beantwortung mit Österreich unterhandeln müßten. Die Richtlinien der Antwort seien mit der Obersten Heeresleitung vereinbart. Die österreichisch-ungarische Regierung sei durch ein Telegramm verständigt. Die Antwort liege noch nicht vor.

Graf Hertling faßte das Ergebnis der Besprechungen dahin zusammen, daß der Note gegenüber ein freundliches Entgegenkommen geboten sei, daß aber auf die einzelnen Punkte weder in der Antwort noch im Reichstag eingegangen werden sollte.

Über die künftigen Friedensverhandlungen äußerte der Vorsitzende als seine Ansicht, daß es sich empfehlen werde in Spezialverhandlungen mit den einzelnen Gegnern, nicht in einer allgemeinen Konferenz die Friedensbedingungen festzusetzen.

Der Reichskanzler stimmte dem zu. Man müsse, wenn möglich, zuerst mit den einzelnen Gegnern sich vertraulich verständigen.²⁶

Der VIII. Bundesratsausschuß beschäftigte sich abschließend mit der „Polnischen Frage“, nach deren Stand sich der leitende Staatsminister des Großherzogtums Baden erkundigte.

IV.

Lerchenfeld begab sich nach der Sitzung des diplomatischen Ausschusses wieder in Urlaub. Er kehrte am 12. September nach Berlin zurück. Noch am gleichen Tag äußerte er sich zu dem Hertling-bereits vorliegenden Entwurf der Antwortnote an Papst Benedikt XV. Er bemerkte: „Die Antwortnote, die seit gestern Eurer Exzellenz vorliegt, scheint mir nicht nur korrekt, sondern auch schön redigiert.“ Lerchenfeld verneinte dabei die Notwendigkeit eines erneuten Zusammentrittes des Bundesratsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten.²⁷ Hertling antwortete nach Erhalt des Briefes am 13. September. Er stimmte Lerchenfeld in der Auffassung bei, daß zum Zwecke der Beratung des Entwurfes der Antwortnote ein Zusammentritt des Ausschusses nicht angezeigt sei. Er erklärte jedoch einschränkend:

²⁶ Aufzeichnung über die Sitzung des Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten vom 20. August 1917. G.St.A.Mü. Vgl. *Deuerlein*, a.a.O. S. 297—299.

²⁷ Lerchenfeld an Hertling. Brief vom 12. Sept. 1917. G.St.A.Mü.

„Also wie gesagt, aus Anlaß der Papstnote erscheint mir ein Zusammentritt des auswärtigen Ausschusses nicht veranlaßt; etwas anderes könnte es allerdings sein, wenn tatsächlich, wie am Schlusse Ihres alleruntertänigsten Berichtes vom gestrigen erwähnt ist, die in Anwesenheit des Kaisers geführten Besprechungen der Feststellung unserer Kriegsziele gegolten haben; falls sich dies bestätigt und wenn insbesondere in Aussicht genommen ist, das Ergebnis dieser Besprechungen dem Papste zur Kenntnis zu bringen, dann würde allerdings meiner Ansicht nach ein dringender Anlaß zu einem sofortigen Zusammentritt des auswärtigen Ausschusses gegeben sein; denn daß unsere Kriegsziele auch nur in vertraulicher Weise dem Papste mitgeteilt werden, bevor eine Aussprache im auswärtigen Ausschusse stattgefunden hat und damit auch den Souveränen der größten Bundesstaaten davon Kenntnis gegeben wird, was als unser Kriegsziel aufgestellt werden soll, halte ich für ausgeschlossen. Ich bitte daher Euer Exzellenz in dieser Richtung beim Herrn Reichskanzler geeignete Erkundigungen einzuziehen, und eventuell mit ihm die Frage des Zusammentritts des Bundesratsausschusses zu besprechen.“

Dem bereits abgeschlossenen Brief hängte Hertling die Nachschrift an:

„Soeben erfahre ich durch den päpstlichen Nuntius, daß der Papst auf englische Veranlassung die Reichsleitung gebeten habe, ihre Kriegsziele mitzuteilen und insbesondere zur belgischen Frage Stellung zu nehmen, ob Belgien wieder hergestellt und die von Bethmann Hollweg bei Ausbruch des Krieges in Aussicht gestellte Entschädigung erhalten solle (gemeint ist offenbar die Entschädigung die in Aussicht gestellt war für den Fall, daß Belgien den Durchmarsch dulden würde). England scheint eventuell bereit, bei einer günstigen Lösung der belgischen Frage auf Frieden einzugehen. Hiernach scheinen die oben erwähnten Besprechungen und die in Aussicht genommene Antwort an den Papst doch von großer Bedeutung zu sein.“²⁸

Lerchenfeld antwortete am folgenden Tage. Er erklärte:

„Ihr Brief hat mich veranlaßt, die dort angeregten Fragen heute mit Kühlmann zu besprechen. Ich komme eben von ihm und kann melden, daß wieder einmal es anders kommt als ich angenommen und berichtet habe. Erstens: Dem Papst werden zunächst jedenfalls die Kriegsziele nicht mitgeteilt auch nicht das, was in Belgien beabsichtigt ist. Kühlmann will sich darüber im Ausschusse am 10. nur hypothetisch geäußert haben, man könne unter Umständen die Bedingungen, unter denen wir Frieden schließen wollen, der Kurie bekannt geben. Nach meiner Erinnerung konnte ich nicht anders verstehen, als ich berichtet habe, aber es ist einerlei, jedenfalls wird nichts der Kurie bekannt gegeben. Kühlmann sagt mit Recht, wenn ich die Bedingungen mitteile, dann kann der Papst nichts anderes tun als sie den Engländern mitzuteilen und damit hätten wir uns ohne Gegenleistung verausgabt. Er wird in einem Privatbrief, der die amtliche Note begleiten wird, nichts wesentlich anderes sagen, als die Note selbst besagt. Zweitens: Es trifft zu, daß die belgische Frage hier intern erörtert wird, daß aber in der, in dem Bericht ad M. v. 12. d. M.²⁹ erwähnten Besprechungen über diese und überhaupt über die Kriegsziele Beschluß gefaßt worden wäre, nicht. Kühlmann bemerkte, daß er den Anstoß gegeben habe, damit endlich über unsere Ziele in Belgien Klarheit geschaffen werde. Bisher hätte man nur ganz oberflächlich Gedanken geäußert. Kein Ressort sich aber gründlich mit der Frage befaßt. Das soll jetzt nachgeholt wer-

²⁸ Hertling an Lerchenfeld. Brief vom 13. Sept. 1917. G.St.A.Mü.

²⁹ B. Gesandtschaft Berlin. Ber. Nr. 746 vom 12. Sept. 1917. G.St.A.Mü.

den. Drittens: Die Kohlenzufuhr an Holland ist nicht gekündigt worden. Die Nachricht, die mir aus sicherster Quelle zugekommen war, trifft nicht zu und ist inzwischen auch schon in der Presse dementiert worden. Die Verhandlungen gehen also weiter. Sie drehen sich im wesentlichen um die Frage des Kredites, den Holland uns einräumen soll, um unsere Valuta zu schonen. Wir verlangen 16 Millionen, die Holländer bieten 12 Millionen. Kühlmann sagt mir, daß wir es nicht zum Bruch mit Holland kommen lassen würden. Aus ‚Erstens und Zweitens‘ werden Euer Exzellenz ersehen, daß die Voraussetzungen, unter denen Sie die Zusammenberufung des Diplomatischen Ausschusses als dringlich bezeichnet haben, nicht zutreffen. Ich nehme an, daß Euer Exzellenz die Frage des Zeitpunktes mit Herrn von Kühlmann besprechen werden. Dieser wird von München aus auf einige Tage in Urlaub gehen³⁰ und erst am 21. oder 22. d. M. wieder in Berlin sein. Am 22. treffe ich auch wieder hier ein. Ferner habe ich noch zu melden, daß Kühlmann von den Mitgliedern des freien Ausschusses das Einverständnis erwirkt hat, daß die Antwortnote an den Papst in dem auf Belgien zu beziehenden Punkt unverändert bleibt. Die Herren Reichsboten haben dem zugestimmt gegen die Zusicherung, daß in der Note, dort wo die Friedensliebe des Kaisers betont wird, eine Einschaltung gemacht wird, die auf die Friedenskundgebung des R.Tags hinweist. Damit bleibt Belgien außer dem Spiel, was mir sehr gut scheint.“³¹

Lerchenfeld ergänzte in einem Brief vom 15. September seine Ausführungen vom Vortage. Er schrieb an Hertling:

„Ich habe mich soeben des in Ihrem Briefe vom 13. ds. Mts. enthaltenen Auftrags an den Reichskanzler entledigt. Ich habe in Ihrem Namen gedankt für das Anerbieten, dem diplomatischen Ausschuß die Antwortnote an den Papst vor Absendung mitzuteilen, und habe dann dargelegt, wie Euer Exzellenz in Übereinstimmung mit dem Reichskanzler, da die Note nur das enthält, was im diplomatischen Ausschuß schon gebilligt worden ist, keinen genügenden Anlaß finden, jetzt den Ausschuß einzuberufen. Daß aber Euer Exzellenz verlangen, daß, wenn der Freien Kommission späterhin wichtige Mitteilungen über äußere politische Fragen gemacht werden würden, diese vorher im diplomatischen Ausschuß zur Erörterung gestellt werden. Der Ausschuß dürfe nicht vor vollendete Tatsache gestellt werden. Dies müsse namentlich dann gelten, wenn es sich um die Feststellung der Kriegsziele und Friedensbedingungen handeln werde. Der Reichskanzler erklärte sich mit Eurer Exzellenz darin ganz einverstanden. Er äußerte sich dann ungefähr im Sinne der gestrigen Mitteilung Kühlmanns, daß er zurzeit bestrebt sei, über einzelne Kriegsziele, insbesondere die künftige Gestaltung Belgiens, eine Verständigung mit der Obersten Heeres- und der Obersten Marine-Leitung anzubahnen. Sein persönlicher, bei seiner jüngsten Reise nach Belgien gewonnener Eindruck sei der, daß eine Annexion des Landes kein Glück für das Reich sein würde. Auch Kardinal Hartmann habe mit Hinweis auf den dortigen katholischen Klerus und die dortigen Sozialdemokraten dringend davor gewarnt. Zu seiner Freude stehe auch die Oberste Heeresverwaltung (Hindenburg und Ludendorff) auf dem Standpunkt, daß, wenn man in diesem Herbst durch einen Verzicht auf Belgien zu einem Frieden kommen könnte, es sich nicht empfehle, wegen Belgien den Krieg fortzusetzen. Gewisse wirtschaftliche Garantien zu erhalten sei allerdings anzustreben, auch würde die Oberste Heeresverwaltung gern Lüttich behalten. Aber vielleicht ließe sich Lüttich als Pfand festhalten bis andere Garantien gefunden. Die

³⁰ Kühlmann, a.a.O. S. 483.

³¹ Lerchenfeld an Hertling. Brief v. 14. Sept. 1917. G.St.A.Mü.

Oberste Marineverwaltung denke noch immer an den Besitz der flandrischen Küste. Er — der Reichskanzler —, und hierin stimme ihm die Oberste Heeresleitung zu, sei aber der Ansicht, daß ohne den Besitz von Belgien der Besitz der flandrischen Küste militärisch nicht möglich wäre. Die Marine solle und werde erwägen, ob nicht andere nützliche Kompensationen an Stelle der flandrischen Küste zu verlangen sein würden. Auch die Flamenfrage und anderes werde noch zu erwägen sein. Alle diese Erwägungen seien, wie ich aus seinen Mitteilungen sehen könne, noch in den Anfangsstadien. Der Reichskanzler teilte mir dann noch mit, daß er nach der Reichstags-Session auch an die Ostfront fahren wolle, um von den dortigen Verhältnissen einen Eindruck zu gewinnen und um sich klar zu werden, welche Kriegsziele man sich dort stellen könne. Am Schluß der Unterredung teilte er mir noch im strengsten Vertrauen mit, daß ein Friedensfühler aus dem Lager der Entente vorliege. Mehr könne er und dürfe er mir nicht sagen. Die Sache dürfe nur zwischen ihm und Kühlmann behandelt werden. Auch S.M. der Kaiser, dem er diese Mitteilung gemacht habe, habe nicht nach dem Näheren gefragt. Der Reichskanzler war aber einverstanden, daß ich Euer Exzellenz diese Nachricht mitteile.“³²

In folgenden Briefen nahm Lerchenfeld nur in Form allgemeiner Erwähnungen zu der Behandlung der päpstlichen Friedensnote Stellung. So berichtete er über die Beratungen des Hauptausschusses des Deutschen Reichstages am 28. September:

„Kühlmann hat stark betont, daß Einigkeit vor allem not tut. Dies hat Erzberger sehr geschickt aufgegriffen und dargelegt, daß diese Einigkeit in und durch die Antwort auf die päpstliche Note festgelegt und international dokumentiert sei. Die Bezugnahme in der Antwort auf die Resolution vom 19. Juli l. J. lasse keinen Zweifel darüber aufkommen, daß Regierung und die große Mehrheit des Parlaments in der Behandlung der belgischen Frage einig seien. Auch die Nationalliberalen verlangten keine Annexion sondern nur Sicherheiten, stünden also grundsätzlich auf keinem anderen Standpunkt. Daß die Konservativen anders dächten käme gegenüber der Geschlossenheit der überwältigenden Mehrheit nicht in Betracht. Wenn das Ausland verstehen wolle, so müsse es verstehen. Unter diesen Umständen liege keine Veranlassung vor im Reichstag die belgische Frage weiter zu behandeln. Von der Arbeitspartei, Ledebour etc. wurde hingegen protestiert und Reden im Plenum angekündigt. Dieser Teil der Diskussion wird, da der Vorsitzende Vertraulichkeit beschließen ließ, nicht in die Presse kommen, ebenso einzelne Äußerungen über die Lage in Argentinien usw. Hier, Argentinien, gab Kühlmann den Grafen Luxburg sachlich preis, nahm ihn aber persönlich in Schutz, indem er auf frühere gute Leistungen und die Schwierigkeit hinwies, mit der ein von seiner Regierung abgeschnittener Vertreter zu kämpfen hat. Erzberger ist wieder persona grata bei der Regierung, denn er hat es verstanden, das, was die Regierung anstrebt, Einigkeit mit dem Reichstag nach Außen hin zur Erscheinung zu bringen, in die Wege zu leiten. So hat er unter anderem sehr geschickt dargelegt, daß die belgische Frage nach dem Vorschlag des Papstes und unserer Antwort nur im Konnex mit anderen Fragen behandelt werden könne. Darum dürften wir jetzt nichts preisgeben.“³³

Dem Scheitern der päpstlichen Friedensvermittlung lange Betrachtungen zu widmen, sah sich Lerchenfeld nicht veranlaßt. Seine Aufmerksamkeit be-

³² Lerchenfeld an Hertling. Brief v. 15. Sept. 1917. G. St. A. Mü.

³³ Lerchenfeld an Hertling. Brief v. 28. Sept. 1917. G. St. A. Mü.

anspruchte die beginnende Krise um Reichskanzler Michaelis, die mit dessen Rücktritt und mit der Berufung Georg von Hertlings zum Reichskanzler am 25. Oktober 1917 endete.

V.

Die päpstliche Friedensvermittlung des Jahres 1917 hatte ein — bisher unbekanntes — Nachspiel. Seine Einordnung in die allgemeine politische Entwicklung ist nur vermutbar. Die erschlossenen bayerischen Akten sind ohne weitere Vorgänge. Der Hauptbeteiligte — Richard von Kühlmann — schweigt sich in seinen Erinnerungen darüber aus. Ob bewußt oder unbewußt, ist nicht festzustellen. Naheliegend ist die Vermutung, daß Graf Hertling als Reichskanzler diesen Schritt ausgelöst hat. Sie ist jedoch nicht beweisbar.

Staatssekretär von Kühlmann ließ am 18. Dezember 1917 durch den preußischen Gesandten in München, Graf Zech, eine Note überreichen, in der er noch einmal zu der Papstnote vom 1. August Stellung nahm und Kenntnis von seinen eigenen Friedensbemühungen durch den Marquis de Villalobar gab. Das Dokument ist mit dem Bleistiftvermerk versehen: „Übergeben von Gf. Zech. 19. XII. 17. Abschr. der Note an den hiesigen päpstl. Nuntius.“ Es trägt den Briefkopf „Königlich-Preußische Gesandtschaft“ und hat folgenden Wortlaut:

„Wie Seiner Exzellenz dem Apostolischen Nuntius bekannt ist, haben wir die Friedensdemarche Seiner Heiligkeit mit lebhafter Genugtuung begrüßt und mit aufrichtiger Sympathie aufgenommen. Dementsprechend hat sich unsere Antwort den Grundsätzen angeschlossen, die von Sr. Heiligkeit dem Papst aufgestellt worden waren und die die Grundlage für weitere Verhandlungen bilden sollten. Durch eine gleiche entgegenkommende Haltung würde die Entente das päpstliche Friedenswerk ganz erheblich gefördert haben; sie hat es statt dessen für gut befunden, das Schreiben des Papstes nicht einmal einer Antwort zu würdigen und auf diese Weise seine Action, wenn nicht zum scheitern, so doch zum Stillstand zu bringen. Das Telegramm des englischen Gesandten beim Päpstlichen Stuhl, das der Apostolische Nuntius in München mit seinem Schreiben vom 30. August hierher mitgeteilt hat, war sehr vage gefaßt. Es enthielt nur einseitige negative Feststellungen, aber keine direkte Anfrage. In seinem Antwortschreiben v. 24. September hat der damalige Reichskanzler trotzdem die diesseitige grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Präzisierung der Kriegsziele (mit Einschluß derjenigen Fragen die auf Belgien Bezug haben) ausgesprochen. Er machte indessen die Abgabe einer diesbezüglichen Äußerung von der Klärung gewisser Vorbedingungen abhängig. In dem Schreiben selber waren zwei wesentliche Vorbedingungen angegeben: Die erste Vorbedingung war die Gewähr dafür, daß bei dem Austausch der Meinungen derjenige Geist von Achtung vor dem Standpunkt des Gegners und von Objektivität vorwalten würde, für den die Haltung Sr. Heiligkeit des Papstes ein so leuchtendes Vorbild böte und dessen wir uns beflleißigten. Die zweite die Revision der Kriegsziele, die die Entente in der Antwort des Präsidenten Wilson auf die Note bekanntgegeben hatte. Friedensgespräche könnten nur auf der Grundlage geführt werden, daß keine von den beiden Parteien zur Zeit besiegt sei und daß keine der anderen moralisch und politisch etwas zumute, was ein stolzes Volk, selbst wenn es besiegt wäre, nicht ertragen könne. In diesen zwei Vorbedingungen kommt noch ein Punkt, den wir dem Apostolischen Nuntius gegenüber seiner Zeit nicht haben zur Sprache bringen wollen. Aus einer Quelle, die geheim ist, im allgemeinen

aber zuverlässige Nachrichten liefert, war uns die Nachricht zugetragen worden, die Entente habe eine Vereinbarung getroffen, wonach mit Rücksicht auf Italien der Heilige Stuhl von Friedensverhandlungen auszuschalten sei. Mithin hatten wir ein naheliegendes Interesse daran, festzustellen, ob das Telegramm des englischen Gesandten in Rom — dessen Darlegungen sich nach dem Schreiben des Nuntius die Regierung Frankreichs mithin nicht auch andere Regierungen, angeschlossen hatte — nicht etwa nur als ein Scheinmanöver anzusehen sei.

Über diese verschiedenen Vorbedingungen wollten wir zunächst Klarheit gewinnen, um alsdann den Nuntius, — wie es am Schluß des vorerwähnten diesseitigen Schreibens v. 24. Sept. heißt, in einer — erhofften — nicht allzu ferneren Zeit über die Absichten und notwendigen Forderungen der Kaiserlichen Regierung, insbesondere hinsichtlich Belgiens zu unterrichten. In der Absicht, die von der Kaiserlichen Regierung als erforderlich angesehene Klärung der Dispositionen und Absichten der Regierung Großbritanniens herbeizuführen, benutzte der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amtes einen Weg, der sich ihm damals bot. Er stellte nämlich einem erfahrenen und gewandten Vertrauensmann, der mit den Verhältnissen und Persönlichkeiten in England vertraut war, und der sich zu einer entsprechenden vorsichtigen Sondierung bereit erklärt hatte, anheim, eine solche inoffiziell vorzunehmen. Die spanische Regierung ist von ihm weder direct noch indirect um eine diesbezügliche Sondierung und noch viel weniger um eine Vermittlung angegangen worden. Gegen den Wunsch des Staatssekretärs und auch gegen denjenigen des Vertrauensmannes scheint von Seiten der spanischen Regierung die Sache in einer Weise ausgelegt worden zu sein, die den hiesigen Ansichten nicht entsprach. Der Herr Staatssekretär beehrt sich, dem Apostolischen Nuntius vertraulich mitzuteilen, daß sein Vertrauensmann ein Spanier ist. Aus Gründen der Diskretion und der Loyalität muß er es sich jedoch versagen, seinen Namen zu nennen.

Herr von Kühlmann wäre dankbar, wenn der Nuntius Vorstehendes vertraulich nach Rom mitteilen und dabei besonders bemerken wollte, daß er nach wie vor vollkommen auf dem Boden des Schreibens v. 24. Sept. steht. Er fährt heute Abend in das Große Hauptquartier und muß sich sodann nach Brest-Litowsk begeben, um dort die Friedensverhandlungen aufzunehmen. Wenn ihm mehr Zeit zur Verfügung stände, so hätte er es sich nicht nehmen lassen, persönlich nach München zu kommen, um das in diesem Telegramm dargelegte dem Nuntius mündlich mitzuteilen.

München d. 18. Dez. 1917.³⁴

VI.

Die Erklärungen Kühlmanns in seinen Erinnerungen und in der — hier erstmals — veröffentlichten Note an den Apostolischen Nuntius und die Feststellungen Lerchenfelds lassen keinen Zweifel darüber zu, daß Bearbeitung und Beantwortung der päpstlichen Friedensnote Kühlmann anvertraut gewesen ist. Die zentrale Figur auf deutscher Seite ist nicht der außenpolitisch nur mangelhaft orientierte und auch nur mangelhaft interessierte Reichskanzler Michaelis, sondern Staatssekretär Kühlmann gewesen. Er hat die Richtung des Verfahrens bestimmt, dem der Hilferuf des Papstes angesichts des täglichen Blutopfers auf den Schlachtfeldern Europas in Deutschland unterworfen worden ist. Von Kühlmann stammen die Argumente gegen eine verbindliche Äußerung der Reichsregierung über die Zukunft Belgiens. Er hat sich dabei auf unbestimmte Auslassungen der Mitglieder des Bundes-

³⁴ G. St. A. M. Pol. A. VII. Reihe. Abg. 1943. Nr. 67.

ratsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten berufen und stützen können. Der Gedanke, Kühlmann habe seinen persönlichen Friedensbemühungen den Vorzug gegeben, liegt nahe. Aber auch er ist nicht beweis-, sondern nur vermutbar. Lerchenfeld entlastet Michaelis durch das Festhalten der Erklärung, dieser habe auf seiner jüngsten Reise nach Belgien den Eindruck gewonnen, daß eine Annexion des Landes kein Glück für das Reich sein würde. Aber auch die Note der preußischen Gesandtschaft in München an Msgr. Pacelli stellt ein Dokument der Rehabilitierung Reichskanzlers Michaelis dar, indem sie den Versuch unternimmt, die Haltung Kühlmanns zu rechtfertigen. Den hier erschlossenen Dokumenten ist ein akonfessioneller Charakter eigen, was jedoch nicht bedeutet, daß konfessionelle Strömungen im Verlauf der päpstlichen Friedensvermittlung ausgeschlossen werden müssen. Wenn sie über das Polemisch-Publizistische hinaus Einfluß genommen haben, sind sie in dem dokumentarisch nicht erfaßbaren Bereich des Irrationalen geblieben. Sie wären deshalb nicht weniger wirksam. Sie sind aber weder von Michaelis noch von Kühlmann ausgesprochen worden. Sie können ihnen deshalb nicht unterstellt werden. Die Note vom 18. Dezember 1917 ist jedoch der Ausdruck des beunruhigten Gewissens Kühlmanns.

Diese Tatsachen sind auch der hohen Mittelsperson des Vatikans, Msgr. Pacelli, bekannt geworden. Auch er hat sich jeder Äußerung konfessioneller Polemik über die Behandlung der päpstlichen Friedensnote in Deutschland enthalten. Am 1. Oktober nahm Msgr. Pacelli zu dem ruhmlosen Ende der Aktion Benedikts XV. Stellung. Er schrieb an Hertling:

„Gestern erhielt ich von Seiner Eminenz, dem Herrn Kardinalstaatssekretär einen ganz vertraulichen, nur an mich persönlich gerichteten Brief, in welchem Seine Eminenz mir in sehr lebhaften Ausdrücken das Mißfallen und die Enttäuschung kundgab über die Antwort der kaiserlichen Regierung auf den päpstlichen Friedensaufruf und mir seine schweren Bedenken äußerte für die Zukunft und deshalb hinzufügte, daß der Hl. Stuhl in jeder Weise sein Möglichstes getan hat im Interesse des Friedens und folglich aller Nationen, — daher lehnt der Hl. Stuhl jegliche Verantwortung für die Fortsetzung dieses grauenhaften Krieges ab.“³⁵

So hart und bitter die Feststellungen Msgr. Pacellis über die Haltung der Reichsleitung sind, — sie sind ohne anklagende Polemik und ohne konfessionelle Verdächtigung. Solche sind vom derzeitigen Inhaber des Stuhles Petri zu keinem späteren Zeitpunkt ausgesprochen worden. Die hier erstmals veröffentlichten Dokumente beweisen die fahrlässige Sorglosigkeit der deutschen Reichsleitung bei der Beurteilung der politischen und militärischen Lage Deutschlands und seiner Verbündeten. Der Vertreter des Heiligen Stuhles in Deutschland hat allen Beteiligten sein tiefes Bedauern über den geringen Ernst zum Ausdruck gebracht. Er hat niemals und bei keinem Anlaß von „Schuldigen“ gesprochen. Dieser Begriff ist erst in der nachfolgenden Diskussion entstanden. Soweit die Forschung verantwortungsbewußt geblieben ist, hat sie auf den strafrechtlichen Begriff verzichtet. Die Sorge um das anhaltende Blutopfer der Völker Europas hat Benedikt XV. zu seinem Frie-

³⁵ Pacelli an Lerchenfeld. Brief v. 1. Okt. 1917. G.St.A.Mü. Pol. A. VII. Reihe. Abg. 1943. Nr. 67.

denesschritt bestimmt. Die Trauer über die Erfolglosigkeit ist bei ihm und seinem Vermittler in Deutschland, Msgr. Pacelli, aufrichtig und groß gewesen. Aber Trauer über die Erfolglosigkeit gutgemeinter Bemühungen ist weder Verdächtigung noch Anklage. Was er getan hat, ist aus Sorge um Europa und Deutschland geschehen. Die hier durch neue Dokumente aufgezeigte Fährte zu Staatssekretär Richard von Kühlmann weist zu der Verantwortung über die *deutsche* Behandlung der Friedensaktion Papst Benedikts XV.

Über das Tragische

Von WILHELM GRENZMANN

Das „Tragische“ ist eines jener Worte, in denen der Schmerz der Menschheit zum Ausdruck kommt. Es enthält das „De Profundis“ der Jahrtausende. Es bezeichnet den Menschen in seiner Zeitlichkeit und ist von dieser nicht zu trennen. Der Umstand, daß es in vielfacher Verwendung und in schillernder Bedeutung erscheint, weist darauf hin, daß es sich nicht auf eindeutige Erfahrungen stützt, sondern auf ein verschlungenes Gewebe vielfältigen Bewußtseinsbesitzes. Dieses ist schwer zu analysieren. In der Tragik drückt sich das Grunderlebnis der Ungesichertheit und der Ungeborgenheit, der Gefährdung und der Einsamkeit aus. Tragik setzt jedenfalls das Erlebnis der Vorläufigkeit und des Fragmentarischen, des Unvollkommenen und des Unvollendeten, die Teilnahme am Unheilvollen und Unheiligen voraus. Grundlegend bei allem ist das Bewußtsein, daß der Mensch in Schuld verstrickt ist; aus der Teilhabe an Schuld ergeben sich alle Zwiespältigkeiten, Verhängnisse und Katastrophen, wobei gerade die Schuldverflechtung vor neue und vielleicht unlösbare Probleme stellen kann. Verbunden mit diesem Erlebnis menschlicher Unseligkeit ist die Sehnsucht nach Lösung aller Spannungen in einer „heilen“ Welt und — in der Regel auch — die Hoffnung darauf. Ja, es gehört zum Erlebnis der Tragik, daß sie trotz aller Furchtbarkeit nicht nur niederwirft, sondern zugleich erhebt und mit dem Elend des Menschen auch die Größe und Erhabenheit seiner Bestimmung erahnen läßt.

Das Tragische erfahrbar zu machen, setzt Empfänglichkeit für die Problematik der mit diesem Worte bezeichneten Daseinssituation voraus. Nicht alle Menschen und nicht alle Zeiten besitzen diese. Es gibt Naturen, die ein so großes Seinsvertrauen haben, daß sie kaum oder gar nicht zum Innerwerden der menschlichen Zwiespältigkeit gelangen. Ein wesentlich untragisches Verhältnis zur Welt kann religiös begründet sein durch das Bewußtsein des ungetrübten Einklanges von Gott, Welt und Mensch. Aber es besteht doch der Verdacht, daß eine auf solche Überzeugungen sich gründende Frömmigkeit arm und untief ist. Wo immer die religiöse Haltung verbunden ist mit dem Schmerz über Sünde und Verfehlung, mit Reue und